

Auszug aus MOZ bei Context XXI

(<http://contextxxi.org/tom-und-jerry.html>)

erstellt am: 29. März 2024

Datum dieses Beitrags: November 1990

Medienpolitik:

Tom und Jerry

In wenigen Wochen wird das Schicksal der „Arbeiter-Zeitung“ entschieden. Das vorläufig letzte Ergebnis keiner sozialistischen Medienpolitik.

■ KARL LIND



Heute Hotel „Ananas“ statt AZ

BILD: VORWÄRTS/VEREIN FÜR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG

„Ein kleiner Gassenladen“, beschreibt Max Winter im Arbeiterkalender des Jahres 1911 die ersten Redaktionsräume der „Arbeiter-Zeitung“ in der Wiener Gumpendorfer Straße, „neben der Tür ein schmales Fenster, darin hängend die jeweilig letzte Nummer der ‚Gleichheit‘. Drinnen im Laden ein Schalter, der den kleinen Vorraum abgrenzt, hinter diesem der Schreibtisch des Administrators, Expeditors und wenn's not tut auch Kolporteurs, des Genossen August Bretschneider, später

neben ihm Jakob Brod. Daneben noch ein Raum, ein Kabinett, ein Fenster auf die Gasse: die Redaktion, in der Victor Adler und Adolf Braun sitzen.“

An die hundert Jahre später, im Oktober 1990 und gar nicht weit entfernt, in der Windmühlgasse 26, sitzt der wahrscheinlich allerletzte Nachfolger des V. Adler in seinem nicht ganz so kleinen Zimmer, höher, im zweiten Stock, bescheiden eingerichtet und adrett. Peter Pelinka ist Chefredakteur einer „Neuen AZ“, wie sich die ehemalige „Arbeiter-Zeitung“ nunmehr verschämt nennt, und er bemüht sich redlich, das vormals sozialistische Blatt vor dem Untergang zu retten. Betriebsversammlungen, Langzeitdiskussionen und Überlegungen zur Konzeption gehören heute zum „AZ“-Alltag, wie rund hundert Jahre zuvor die zahlreichen Versuche von Exponenten einer ständig stärker werdenden Arbeiter/innenbewegung, ein geeignetes Medium zu kreieren.

Hier und weg

Geprägt vom ausgiebigen Richtungsstreit unter der Habsburger-Monarchie, schuf sich jede „Fraktion“ der ehemaligen Bewegung ihr eigenes Medium.

So wurde der „Volkswille“ erstmals im Jahre 1870 von Heinrich Scheu herausgegeben, um nach vier Jahren, heftigen Querelen und einer wöchentlichen Auflage von 6.000 Exemplaren wieder zu verschwinden. Nicht wesentlich anders erging es Titeln wie „Der Sozialist“, „Die Zukunft“ oder „Die Wahrheit“.

„All diese kurzlebigen Organe“, schreibt Peter Pelinka in seinem 1989

erschienenen Buch „100 Jahre AZ“, „hatten gemeinsamen Charakter: Agitationsblätter mit propagandistischem Anstrich, um die sich ein mehr oder weniger großer Organisationsansatz sammelte.“

Ab 15. Dezember 1886 jedoch sollte alles anders werden. Mit der „Gleichheit“ gründete Victor Adler die Vorläuferin der „Arbeiter-Zeitung“, ein Medium, das unter anderem mit seiner Berichterstattung über das Leben der Ziegelerbeiter/innen am Wienerberg aufhorchen ließ. Langsam gelang es den Redakteuren, das Monopol der bürgerlichen Presse zu durchbrechen. Autoren wie Hermann Bahr, Friedrich Engels, Klara Zetkin, August Bebel und Wilhelm Liebknecht sorgten für steigende Akzeptanz des Produkts — weit über das eigene Lager hinaus.

Doch mit dem zunehmenden Erfolg attackierte die Monarchie den politischen Gegner immer heftiger. In den ersten 30 Monaten ihres Bestehens wurde die „Gleichheit“ 45 Mal beschlagnahmt und rege zensuriert, Adler und Bretschneider mehrmals inhaftiert, bis schließlich, im Juni 1889, das endgültige Verbot der Wochenzeitung erfolgte.

Am 12. Juli 1889, knapp einen Monat später, liefen die ersten Exemplare der „Arbeiter-Zeitung“ durch die Druckmaschinen. Vorerst mal in vierzehntägiger Erscheinungsweise, an jedem zweiten und vierten Freitag des Monats. Ab 1. Jänner 1895 dann, bis zum 12. Februar 1934 ohne Unterbrechung, täglich.

Was Adler und Genoss/inn/en da vor

so langer Zeit gegründet haben, wird, analysiert man den österreichischen Printmarkt des Jahres 1990, wahrscheinlich — und keineswegs zur Belegung der Meinungsvielfalt — in wenigen Monaten verschwunden sein. Was eine sozialdemokratische Arbeiter/innenbewegung hervorbrachte, hat — indirekt — eine medienpolitisch völlig konzeptlos agierende SPÖ ins mediale Out gedrängt. Daß sie mehr als hundert Jahre Zeit benötigte, mag angesichts der grotesken Ratlosigkeit verwundern, liegt jedoch nicht am sozialistischen Weitblick, sondern an der Dominanz der „Kronen Zeitung“ sowie an der relativen internationalen Bedeutungslosigkeit des österreichischen Medienmarktes. Die alpenrepublikanische EG-Provinz wird jetzt erst so richtig eingebettet in die Gemeinschaft der Fortentwickelten.

Denn das Sterben der „AZ“ ist nicht bloß der Tod eines Parteiorgans, für das die Partei kein Geld mehr aufzubringen gewillt ist. Der Tod der „AZ“ ist das Produkt von Marktbedingungen im Medienbereich, wo mit Informationen gehandelt wird, als ginge es um Socken oder sonst was. Ein Markt, dereguliert, ohne Kartellrecht und Fusionsüberwachung, mit steigender Tendenz zur Konzentration, mit völlig verzerrten Wettbewerbsbedingungen und praktisch unbeschränkten Möglichkeiten kapitalkräftiger Verlage, das eine oder andere dazuzukaufen.



Vranitzky statt AZ – in der Erhaltung billiger

BILD: VORWÄRTS/VEREIN FÜR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG

Ein trauriges Bild

So bietet die aktuelle Situation ein recht trauriges Bild:

- Im Marktsegment der sogenannten „Intelligenzblätter“ tummeln sich — noch — die „Salzburger Nachrichten“,

die „Presse“, „Der Standard“, die „AZ“ sowie ein boulevardisierter „Kurier“. Alle, außer dem „Kurier“, mit eher geringen Reichweiten um die drei bis vier Prozent. Sowohl „Presse“ wie „AZ“ sind schwerst angeschlagen, die „SN“ überleben dank ihrer Salzburger Platzhirschenposition, „Der Standard“ dank seines mehr als generösen deutschen Kapitalgebers Springer, der, so meinen Insider, bereits an die 800 Millionen Schilling ins schwer defizitäre Rosarot-Projekt gesteckt hat. Dran glauben werden die, die sich so läppische Beträge nicht leisten können, um im Verkaufs- wie Inseratenpreis mitdummen zu können. Zudem drohen Kurt Falk („Ganze Woche“) wie Hans Dichand fürs kommende Jahr mit der Gründung je einer Tageszeitung in bester Yellow-Press-Manier, was den Kampf um die lebensnotwendigen Inserate weiter verschärfen wird.

- Im Bereich der Magazine noch weit Öderes: „Profil“, „Wochenpresse“, „Basta“ und „Rennbahn-Express“, alle haben sie, vereinfacht formuliert, mit der „Mediaprint“ dieselbe Eigentümerin. Und die wiederum gehört der deutschen Verlagsgruppe „WAZ“, der „Kronen Zeitung“ sowie der „Kurier AG“.



Einige Menschen lesen ausgehängte AZ

BILD: VORWÄRTS/VEREIN FÜR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG

Aber dies ist ja längst bekannt und war in der Tendenz auch abzusehen.

Nicht allerdings für sozialistische Medienfunktionäre und diverse Vordenker in sozialdemokratischen Reihen. So fand sich zwar in der Regierungserklärung des Kabinetts Kreisky I noch etwas, das nach der gewünschten Etablierung einer Medienkommission klang, in der Folge aber reichte es nicht mal zur minimalsten Gesetzgebung in Richtung Erhaltung der Medienvielfalt. Im Koalitionsübereinkommen der soeben demissionierten Vranitzky-Regierung fanden sich dann noch ein paar Worte zur Lib-

eralisierung im Hörfunkbereich. Und damit basta. Die parteieigene Medienkommission tagt seit Jahren nicht mehr, alles was der SP bzw. dem Rennert Institut zu Medien einfällt, läßt sich in einer Anfang Oktober veröffentlichten, dümmlich-naiven Broschüre zusammenfassen.

Die SPÖ hat kein Medienprogramm. Seit geraumer Zeit braucht sie auch keines, denn sie hat Franz Vranitzky. Und der ist quasi eines. Ein Präsidentschaftswahlkampf, schlaue Werbestrategen und treue Österreicher/innen, die halt einen Führer so gerne mögen, lassen einem Josef Cap und Karl Krammer kein graues Haar wachsen, was die Medienpolitik betrifft. Die sollen die anderen machen bzw. die macht sich sowieso selbst, denn wo dereguliert wird, braucht es kein zusätzliches Denken motivierter Politiker. Zur Not hat man ja den ORF, wo man immer noch via Parteisekretär und Anruf am Königberg entweder Kamerateams samt Redakteur/in bestellen oder Beiträge zensurieren lassen kann. Cap und Vranitzky-Berater Krammer, verantwortlich für gestalterische Medienpolitik in der Partei, sind mit anderem beschäftigt, als Überlegungen anzustellen. Und wie's ist, der Erfolg gibt ihnen recht, ihr Franzl weiß auch ohne Kartellrecht und Fusionskontrolle, wo es lang geht. Und überhaupt: Vranitzky statt „AZ“, der kostet auch weit weniger. Das flinke Duo weiß, was es tut. Eine gesellschaftspolitische Entwicklung gegen den Mainstream zu beeinflussen, braucht unter anderem politische Integrität und den Willen, zum Zwecke der Aufrichtigkeit Zeichen zu setzen. Wer aber in einem so engen Boot sitzt wie Josef, mag anderes vollbringen. Es ist ja bereits völlig wurscht, wer welches Medium besitzt, weil es unwichtig ist, linientreue Politik damit zu betreiben. Die betreibt sich immer mehr von selbst, wie wir ja wissen, und die Verlagsgruppen interessiert die Umsatzrendite und sonst nix. Die grandiose Nichtunterscheidbarkeit der Vranitzkyrieglerhaidervoggenhubers, nicht was ihr Aussehen betrifft, sondern ihre Programme, wenn sie überhaupt welche haben, entspricht einer immer durchgängigeren Verwarung von alledem, was wir uns nur vorstellen können, inklusive unserer Herzen und Sinne. Da braucht es keine Medien als

Sprachrohre mehr, weil eh sowieso alle das gleiche meinen. Streng nach den Grundsätzen der Demokratie, die da wohl für alle gelten, die überhaupt noch mitreden können wollen dürfen im Gleichnis der kommentierten veröffentlichten Meinung. Da reicht das Politikergesicht als Medium, und die Konzepte schreiben die Werbeagenturen.



„Vorwärts“-Gebäude in der Rechten Wienzeile

BILD: VORWÄRTS/VEREIN FÜR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG

Vor allem für die Sozialisten, die jetzt schon bald, weil gar so viele Vranitzky auf den Zettel geschrieben haben und dieser es sich so sehr wünscht, Sozialdemokraten heißen werden, vor allem für sie also, weil sie wieder mal die modernsten sind und die Zeichen erkennen. Und weil jetzt auch so viele Demokraten nach einem Kartellrecht schreien und erst recht nach Fusionskontrollen, weil alles schon passiert ist, was ihnen gelingen konnte, werden die Nachsozialisten alsbald zur Tat schreiten. Vor allem aber, weil für einen erfolgreichen Beitritt zur EG und der damit verbundenen Deregulierung total sowieso ein Kartellrecht nötig ist und die Baldnichtmehrsozialisten da eben zur Avantgarde zählen, was unsere künftige Integration betrifft. Vranitzky ist eben doch nicht Vorsitzender der falschen Partei, weil er Vorsitzender von Österreich ist, das eh keine Parteien mehr oder Kammern oder Gewerkschaften und so braucht, sondern alleine ihn.

Und so wird Vranitzky jetzt demnächst ein Gesetz für mehr Medienvielfalt bewilligen, weil ja auch er sehen muß, wie die „AZ“ leidet und stirbt und er das ja auch nicht mögen kann. So mag kommen, was die vergangenen hundert Jahre nicht kommen konnte, weil die Zeit nicht reif dazu gewesen ist.

Früher waren s' mal besser



Victor Adler

BILD: VORWÄRTS/VEREIN FÜR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG

Obwohl, vor 70 Jahren ist doch was passiert, und die Sozialisten haben damit was zu tun gehabt. Im Jahre 1920 schuf Friedrich Austerlitz, damaliger Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, das Presse- und Journalistengesetz, zu einer Zeit, als die „Arbeiter-Zeitung“ als Regierungsblatt galt. Er, den Ernst Fischer als „Zeus im Olymp“ der „AZ“ bezeichnete, definierte die Rechte der Journalisten, vom Arbeitsvertrag über die Altersversorgung bis zu Schutzbestimmungen im Falle des Zeitungsverkaufs. Zwei Jahre später, 1922, wurde gar mit einem neuen Pressegesetz das obrigkeitsstaatliche Einschreiten gegen die Presse eingengt.

Doch dann, im Jahre 1927, gründeten die Sozialdemokraten mit dem „Kleinen Blatt“ die hausgemachte Konkurrenz zu

ihrer „Arbeiter-Zeitung“, das nach kurzer Zeit bereits die 200.000er Auflage erreicht hatte — ebenso viele Exemplare wie die damals schon recht erfolgreiche „Kronen Zeitung“. Das Ur-Yellow-Press-Produkt knabberte kontinuierlich am Leser/innenanteil der „AZ“, deren Auflage in der Zeit von 1927-1932 von 96.000 auf 83.000 rutschte. Der medienpolitische Schlauschritt brachte Verdruß ins Haus, die beiden Redaktionen begannen, zum Leidwesen der Bewegung und Freude der Konkurrenz, Kleinkriege gegeneinander zu führen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg durfte das „Kleine Blatt“ dann nur mehr als Wochenzeitung erscheinen, wofür der amtierende Chefredakteur Oscar Pollak gesorgt hatte. Zudem verhinderte er eine Reform der „AZ“, die dann erst etwas später von Nachfolger Franz Kreuzer durchgeführt werden konnte. Pollak zur Kreuzer-Tat in der „Zukunft“: Die Zeitungen würden heutzutage eben nicht mehr geschrieben, sondern gemacht, aufgemacht, mit Bildern aufgeputzt und herausgebracht. Eine Zeitung müsse heute das Publikum anziehen, anreizen, anschreien. Was drin steht, das zähle erst in zweiter Linie, viel wichtiger sei der Verkauf.

Wie recht Pollak schon so früh hatte. Doch auch damit wußten die Sozialisten nicht umzugehen. So wurde das Reformer-Experiment des Heinz Brantl mit der sozialistischen Wochenzeitschrift „Heute“ nach drei Jahren wieder eingestellt. Während die „AZ“ ständig Käufer/innen verlor, boulevardisierte sich der Printmarkt zunehmend. Im April 1959 setzte die SPÖ, vielmehr der ÖGB, erneut zur medienpolitischen Großtat an und gründete die „Neue Kronen Zeitung“ aus Mitteln der Gewerkschaft unter der Leitung von Hans Dichand. Franz Olah, der ÖGB-Präsident, stellte Dichand Kurt Falk als Vertrauensmann zur Seite. Dichand und Falk lieferten einander so was wie den Krieg der gegenseitig gekränkten Medienbrüder, die „Krone“ ist, wie wir längst wissen, der SPÖ entschlüpft und zum „Zentralorgan der Haider-FPÖ“ mutiert. Eine liberale Tageszeitung, hübsch formuliert.



Sitzungssaal im ehemaligen Vorwärts-Gebäude

BILD: VORWÄRTS/VEREIN FÜR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG

Ebensowenig glückte den Glücklosen die Etablierung der „Neuen Zeitung“ als eine der „drei Kampsäulen“, wie Manfred Scheuch schreibt, „die das Gleichgewicht zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Presse herstellen“ sollten: Die AZ gegen die „Presse“, der — ebenfalls sozialistische — „Express“ gegen den „Kurier“ sowie die „Neue Zeitung“ gegen die „Krone“. Doch die Verwirklichung des Traums vom sozialistischen Medienimperium wollte nicht so recht glücken; ein wenig später nur, im Jahre 1971, mußte die „Neue Zeitung“ als schlechtere „Kronen

Zeitung“ wieder eingestellt werden und die Wiener SPÖ etliche Millionen abschreiben. Außerdem entzog die „NZ“, auch das nicht neu, der „AZ“ Inserateaufträge und wichtige Subventionen. Und der „Express“ wurde, als Draufgabe, von Kurt Falk gekauft, um — als „Krone“-Konkurrent — bald liquidiert zu werden.

Bei so viel printmedienpolitischer Sensibilität blieb den Sozis nur mehr Spott und der ORF als Spielwiese, den sie heute — noch — benutzt, um ihre Mannen und Frauen ins rechte Licht zu rücken. Doch auch hier haben die alten Parteipolitiker nicht mehr allzu lange Zeit zur Intervention. Im kommenden Jahr soll der Hörfunkbereich liberalisiert werden, das heißt, auch in Österreich — als letztem europäischem Land mit Monopol — werden die Privaten via Äther dudeln. Nach welchem Verteilungsschlüssel die erwarteten Werbeeinnahmen unter den potentiellen Betreibern aufgeteilt werden, ist zur Zeit Gegenstand intensiver Verhandlungen. Fest steht jedenfalls: Der Einfluß und die Einnahmen des Staatsfunks werden reduziert und damit auch das Mitspracherecht der SPÖ.

Ähnliche Entwicklungen sind auch im Fernsehbereich zu erwarten. Gerd Bach-

er als neuer Chef am Königberg sowie eine immer lauter werdende Monopoldiskussion garantieren spannende Zeiten am Teich und eine Umstrukturierung der Monopolanstalt in ein konkurrenzfähiges Unternehmen. Wer dran glauben muß, weiß dies wohl schon selbst am besten. Fest steht allerdings erneut: Die Sozialisten werden mittelfristig an Einfluß verlieren und keine Berichterstattung mehr bestellen können.

Doch bis dahin dauert's noch ein bißchen, und außerdem haben sie ja Vranitzky.

Karl Lind: Geboren 1962. Seit 1980 journalistisch tätig für verschiedene Tages- und Wochenzeitungen, Mitbegründer der Zeitschrift *Moderne Zeiten — Zeitung für politische Unterstellung und hinterstellende Ästhetik (MOZ)*. Buchveröffentlichung: *Nur kein Rhabarber*, Wien 1989. Seit 1993 Gastronom am Wiener Spittelberg.

Lizenz dieses Beitrags

Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels